

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 28.2./1.3.2019

#Gleichstellung

Parité-Gesetz auf den Weg gebracht

Der Anteil der Frauen in der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt beträgt etwas mehr als 50 Prozent. Im Landtag waren es seit 1990 nie mehr als ein Drittel. Dieses unausgeglichene Verhältnis prägt viele Ebenen und Bereiche und ist keineswegs landestypisch. Um dieses strukturelle Problem zu ändern, hat die Fraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur Gewährleistung einer paritätischen Zusammensetzung der Verfassungsorgane des Landes Sachsen-Anhalt mit Frauen und Männern eingebracht. Der Landtag von Brandenburg hatte kürzlich ebenfalls ein Parité-Gesetz beschlossen.

#untersucht

Parlamentarische Untersuchung der Todesumstände von Oury Jalloh

Vor 14 Jahren verbrannte Oury Jalloh in der Zelle 5 des Dessauer Polizeireviers. Brand- und Todesursache sind bis heute weiterhin ungeklärt. Die seit 2005 öffentlich bekannt gewordenen Vorgänge zu den Umständen des Todes von Oury Jalloh in staatlicher Obhut haben über Jahre hinweg die Notwendigkeit einer konsequenten und vollständigen Aufklärung begründet. Auch die Gremien des Landtags haben sich bislang erfolglos mit den bis heute ungeklärten Todesumständen von Oury Jalloh befasst. Daher beantragte Fraktion DIE LINKE, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, da aus ihrer Sicht ein ernsthaftes Interesse an der politischen Aufarbeitung des Falles und seiner Verfahrens- und Ermittlungsgeschichte derzeit nur noch mittels eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses realisiert werden kann. Dieser Antrag wurde jedoch von der Mehrheit im Landtag abgelehnt.

#Rente

Armutsfeste Rente sichern – Altersarmut bekämpfen

Die Fraktion der SPD beantragte für die Landtagssitzung eine Aktuelle Debatte zur geplanten Einführung einer Grundrente. Im Rahmen dieser Debatte forderte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag, armutsfeste Renten zu sichern und Altersarmut zu bekämpfen. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für eine Mindestrente in Höhe von 1 050 Euro ab dem 1. Juli 2019 einsetzen. Außerdem soll in Ost- und Westdeutschland eine gleiche und steuerfinanzierte „Mütterrente“ für vor 1992 geborene Kinder mit vollem Entgelt umgesetzt werden. Doppelte Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten und Direktversicherungen sollen mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.

#aktuell debattiert

EU-Urheberrechtsreform überarbeiten und Uploadfilter ablehnen

„Die beabsichtigte Reform des Urheberrechts im digitalen Zeitalter begründet eine rückwärtsgewandte Urheberrechtsdebatte, unnötige Presseverlegerrechte (Artikel 11), die

schon in Deutschland und Spanien in der Praxis versagt haben, und bedroht die Garantie von Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Kunstfreiheit im Internet durch die sogenannten Uploadfilter (Artikel 13)“, begründete die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag zur Aktuellen Debatte. Die endgültige Abstimmung des Europäischen Parlaments steht zwar noch aus, das bisherige Ergebnis der Verhandlungen ist jedoch von starken Lobbyinteressen geprägt. Die Fraktion hielt es daher für dringend geboten, auch im Landtag von Sachsen-Anhalt über die Folgen zu debattieren.

#Azubiticket

Azubi-Ticket anschieben – Kommunen bei Modelprojekten unterstützen

Die Fraktion DIE LINKE will das von der Regierungskoalition angekündigte Azubi-Ticket endlich umsetzen. Kreise und Städte sollen bei Modellprojekten finanzielle Unterstützung finden. Wir sprechen uns für einen Wettbewerb aus, der Modellprojekte ermöglicht, um Schülerinnen und Schüler, Berufsschülerinnen und -schüler sowie Studierenden die Nutzung von Bus, Bahn und Straßenbahn rund um die Uhr zu ermöglichen. Einige Landkreise gehören bisher noch keinem Verkehrsverbund an. Diese sollen kurzfristig dabei unterstützt werden, den vorhandenen Verbänden beizutreten, um im Land perspektivisch ein einheitliches Tarifgebiet zu schaffen.

#Landwirtschaft

Bodenspekulationen stoppen - Agrarstruktur im Land Sachsen-Anhalt sichern

Die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen sind in den letzten zehn Jahren vor allem in den östlichen Bundesländern erheblich gestiegen. Dadurch werden regionale Landwirte verstärkt durch nichtlandwirtschaftliche Investoren verdrängt, die das Land oftmals zu Spekulationszwecken erwerben. Ihnen geht es nicht um landwirtschaftliche Nutzung und den Erhalt des Bodens und schon gar nicht um regionale Entwicklung und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher, die Genehmigung zum Verkauf oder der Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen zu untersagen, wenn der Preis um mehr als 10 Prozent über dem ortsüblichen liegt.

Unsere Botschaft: Der Boden ist im Dorf bzw. in der ländlichen Struktur zu erhalten. Er gehört nicht in die Hände von Spekulanten!

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 4. März 2019

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Februar/März 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.